Vom Szenegewächs zum politischen Partner

In Darmstadt haben die grün-schwarze Koalition und die Wählergemeinschaft Uffbasse einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Darin gibt es nur zwei verbindliche Zusagen.

h.r. DARMSTADT. Gut eine Woche nachdem Grüne und CDU ihren Koalitionsvertrag vorgestellt haben, hat das Bündnis gestern die Kooperationsvereinbarung mit der Wählergemeinschaft Uffbasse besiegelt. Der Handschlag fand an symbolischer Stätte statt: in der „Datterich-Klause", einem denkmalgeschützten Rundbau nahe dem Hauptbahnhof, der derzeit die Keimzelle des bürgerschaftlichen Projekts „Essbares Darmstadt" bildet. Ganz in diesem Sinne nannte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Yücel Akdeniz, die Koalitionsvereinbarung ein „weiteres Mosaiksteinchen der Beteiligungskultur".

Kerstin Lau ist die Fraktionsvorsitzende der Wählergemeinschaft Uffbasse.

Foto Linda Dreisen

Für Darmstadts Wähler, die bei der Kommunalwahl im März der grün-schwarzen Koalition eine abermalige Mehrheit versagt haben, wird es künftig wichtig werden, zwischen Koalition und Kooperation zu unterscheiden. Grüne und CDU, die unter Oberbürgermeister Jochen Partsch (Die Grünen) den gesamten hauptamtlichen Magistrat bilden – ergänzt um die parteilose Baudezernentin Cornelia Zuschke –, haben ihre politischen Vorstellungen in einem umfangreichen Vertrag verbindlich festgelegt. Die Vereinbarung mit Uffbasse umfasst hingegen nur zwei verbindliche Punkte sowie sechs politische Themen, die zum Teil sehr vage formuliert sind. Ansonsten wird die Wählergemeinschaft weiterhin frei „in eigener Verantwortung und Bewertung" abstimmen. Je nach Thema könnten sich somit Mehrheiten in unterschiedlichen Konstellationen ergeben. Grüne, CDU und Uffbasse seien sich darin einig, dass diese für Darmstadt neue Form der kommunalen Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung „zu einer Belebung der kommunalen Demokratie beitragen kann", heißt es in der Präambel der Vereinbarung.

Verbindlich geregelt ist der Umgang mit dem Haushalt. Uffbasse sichert Grünen und CDU zu, den Haushaltsplänen der Koalition zuzustimmen, allerdings nur unter der Maßgabe, dass für die darin aufgeführten Vorhaben ein Beschluss der Stadtverordneten vorliegt. Diese Zusage soll einerseits Verwaltung und Stadtregierung Handlungsfähigkeit garantieren, Uffbasse andererseits erlauben, einzelne Vorhaben der grün-schwarzen Koalition auch abzulehnen.

Für das Darmstädter Szenegewächs Uffbasse geht mit der Vereinbarung nach den Worten ihrer Fraktionsvorsitzenden Kerstin Lau eine „Vision" in Erfüllung: eine Politik jenseits des Schemas Regierung und Opposition. Ein neues Modell mit wechselnden Mehrheiten sei zeitgemäßer, sagte sie gestern. Die Wählergemeinschaft lebt dieses Modell schon seit 15 Jahren. Entwickelt hat sich die Gruppierung in den neunziger Jahren aus der Punk-und-Rock-Musikszene als Protestbewegung gegen die „Etablierten". Ihr Mitbegründer Jörg Dillmann, der bei der Oberbürgermeisterwahl 1993 als „Highlander" im Schottenrock antrat, wollte den Leuten damals zeigen, „dass es in der Stadt noch mehr gibt als die eingeschlafenen Grünen".

Anders als die Piraten hat sich die „Unabhängige Fraktion freier Bürger – Aufrecht, spontan, subkulturelle, eigensinnig (Uffbasse)" im kommunalpolitischen Geschäft gehalten. Seit der Kommunalwahl 2001 ging es stetig bergauf: von 2,1 Prozent bis zu 7,7 Prozent bei der Abstimmung im März. Die fünf Mitglieder zählende Fraktion führt seit Dillmanns Ausscheiden die Sozialpädagogin Lau, die nicht minder politikerfahren ist wie ihr Vorgänger. Eine feste Koalition war ihr und ihren Kollegen schon einmal 2006 angeboten worden, als das rot-grüne Bündnis seine Mehrheit verlor. Damals lehnte Uffbasse dankend ab, weshalb es anschließend mit Hilfe der FDP zu einer Ampelkoalition kam.

Nun hat Oberbürgermeister Partsch mit Uffbasse, wie er gestern sagte, seinen „Wunschpartner" gefunden. Mit der Wählergemeinschaft gebe es große Schnittmengen und durch die Vereinbarung außerdem die Chance zu einer „demokratischen Weiterentwicklung Darmstadts". Auch die CDU-Spitze sieht das so. Fraktionschef Hartwig Jourdan sprach von einer „interessanten Entwicklung", durch die sich das politische Klima weiter verbessern könne, der Parteivorsitzende Paul Wandrey von einem „gewissen Pragmatismus", zu dem das Wahlergebnis verpflichte. „Hinter den vereinbarten Themen können wir alle stehen." Das gilt insbesondere für die andere verbindliche Zusage von Uffbasse, bei den 2017 anstehenden drei Dezernentenwahlen die Kandidaten von Grünen und CDU mitzuwählen. Personalpolitisch haben beide Parteien damit freie Hand.

Aber auch die anderen Punkte stellen für die grün-schwarze Koalition keine politischen Kröten dar. Vereinbart wurde, beim sozialen Wohnungsbau künftig das Münchner Modell der sozialgerechten Bodennutzung zu prüfen und für den Öffentlichen Personennahverkehr das Wiener Modell einer Jahreskarte für 365 Euro oder die Möglichkeit eines Sozialtickets. Die Fortsetzung der Schulbausanierung mit Priorität auf die Sanierung des Berufschulzentrums Nord wurde festgeschrieben, die Aufstellung eines Berufsschulentwicklungsplans innerhalb eines Jahres sowie der Umbau des Stadions am Böllenfalltor. Außerdem ist vereinbart, dass die freie Szene stärker gefördert werden soll.